

SED ändert Erziehungsmethoden

Die Partei und ihre „soziale Umschichtung“ an den Schulen

Anfang September begann für 70 000 Studenten und fast ebensoviel Fachschüler in der Sowjetzone das neue Studienjahr. Gleichzeitig wurde an den Grundschulen mit dem Übergang zur Mittelschulbildung begonnen. Beide Dinge sind gekennzeichnet durch eine grundverschiedene Tendenz: Während SED und FDJ auf Grund des von Moskau befohlenen Entstalinisierungsprozesses an den Hochschulen und Universitäten einen vorläufigen Rückzug antreten müssen, werden die Grund- und Mittelschulen zu Domänen der Politarbeit. Man will die Entwicklung umkehren: Bereits ehe der junge Staatsbürger auf die Universität kommt, soll er in der politisierten Schule und im Pionierverband so weit marxistisch erzogen sein, daß von ihm keine Gegnerschaft zum SED-Staat mehr zu erwarten ist.

Bisher war die Auslese an den Hochschulen gekennzeichnet durch den Anteil sogenannter „Arbeiter- und Bauernkinder“. Dieser Anteil betrug vor zwei Jahren 53, vor einem Jahr 55 und beträgt heute etwa 60 Prozent. Das hat namentlich unter der bürgerlichen Intelligenz viel böses Blut gemacht und dem Regime den Kern einer jungen Nachwuchs-Intelligenz entzogen.

Die „Arbeiter- und Bauernstudenten“ wiederum kamen an den Hochschulen erstmals mit Dingen in Berührung, für die sie ideologisch nicht gewappnet waren. Die reine Wissenschaft, soweit sie noch rein vermittelt werden konnte, machte sie zu Ketzern und Zweiflern. Die Fülle schwerer ideologischer Auseinandersetzungen während des vergangenen Studienjahres mag dies beweisen.

Der neue Erziehungsplan

Jetzt verfährt man nach folgendem Muster: FDJ und Pionierverband bekommen an den Grund- und Mittelschulen stärkere Stützpunkte eingerichtet. Sie sind verantwortlich dafür, daß die Begabten zugleich auch die politisch Aktivsten sind. Nur über sie erfolgt die Auslese für die Oberschulen. Der begabte, aber politisch uninteressierte

Schüler wird in die Mittelschule geschleust. So geht seine Intelligenz dem Staat nicht verloren, er wird ein guter Facharbeiter oder Techniker, aber der Weg zur forschenden Wissenschaft bleibt ihm versperrt.

An den Oberschulen setzt mit Hilfe der FDJ die zweite Auslese ein. Hier gilt es, die Söhne bürgerlicher Familien und Intelligenzler, die bis hierher vorzudringen vermochten, für die kommunistische Sache zu gewinnen. Studium, außerordentliche Berufschancen und die Offizierslaufbahn in der Armee sind gleichartige Köder. Gelingt das Vorhaben der SED, kann man bereits 1957/58 von der „Arbeiter- und Bauern“-Auslese abschen.

Die Studienpläne

An den Universitäten dagegen werden die Studienpläne in einer auf den ersten Blick vorteilhaften Form geändert. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer stehen bei den technischen und Naturwissenschaften nicht mehr wie bisher im Vordergrund der Gesamtbeurteilung. Dafür sind nun die gesamten Vorlesungen mit Politisierung durchsetzt. Während bisher die Möglichkeit bestand, wenigstens die wissenschaftlichen Fächer verhältnismäßig objektiv zu lehren und die Politökonomie als notwen-

diges Übel mit in Kauf zu nehmen, ist nun beides hoffnungslos miteinander vermischt.

Unter diesen Umständen können es sich FDJ und SED leisten, an den Hochschulen einen optischen Rückzug anzutreten. Die FDJ-Hochschulgruppen sind nun nicht mehr isolierte „zweite Hochschulleitungen“, sondern gehen direkt in den Unterricht hinein. Sie bilden kleine politische Seminare, während derer sie die Studenten viel besser beobachten und kontrollieren können als von der Warte eines Organisationsbüros aus.

Die Folgen

Das gibt eine ungute Atmosphäre, und jene Studenten, die in dieser Umkehrung an den Universitäten eine Erleichterung sahen, haben bereits nach einem Monat den Pferdefuß erkannt. Die neue SED-„Schulreform“ aber produziert sich in einer ganz anderen Weise, als von vielen erwartet. Es geht hier weniger um technische Änderungen, als vielmehr um eine gründliche gesellschaftliche Umschichtung. Man will nicht mehr den „Arbeiter- und Bauernstudenten um jeden Preis“, sondern die Klugen und Begabten, aber diese erst nach einer so gründlichen politischen Um-erziehung, daß der Endeffekt der gleiche ist.

Das stellt die Eltern vor völlig neue Probleme. Sie müssen nunmehr mit der Weiterbildung ihrer Kinder auch deren Erziehung zum Kommunisten mit in Kauf nehmen. Und es wird an ihnen liegen, ihren Kindern einerseits die von der SED aus Selbsterhaltungsgründen gebotenen Bildungsmöglichkeiten zu erschließen, sie andererseits aber vor der verderblichen Erziehung zum Kommunisten zu bewahren.

Bereit zu echtem Gespräch

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU, Dr. Johann B. Gradl, zu dem gegenwärtigen Stand des deutsch-sowjetischen Verhältnisses in der neuesten Ausgabe des Mitteilungsblattes „Stimme im Exil“ folgenden Aufsatz:

Die Unruhe, die durch den Suezkonflikt in die internationale Politik gekommen ist, hat die Aufmerksamkeit schnell wieder von der Note der Bundesregierung vom 2. September an die Sowjetunion über die gesamtdeutsche Frage abgelenkt. Die Frage, ob der Zeitpunkt für die Note angesichts der internationalen Zuspitzung gut gewählt war, ist überholt. Auf Grund des Inhaltes kann aber gesagt werden, daß für die Beurteilung der Note und ihrer Wirkungsmöglichkeit die Frage des Zeitpunktes unerheblich ist. In der Note kommt klar zum Ausdruck, daß sie als der Anfang eines Gespräches gedacht ist, bei dem nach den Erfahrungen mit der sowjetischen Politik von vornherein nicht mit einer kurzen Dauer gerechnet wird.

Moskau als Gesprächspartner

Die Bundesregierung erklärt gleich zu Anfang ausdrücklich, daß sie nicht auf die Einberufung einer neuen Konferenz „in diesem Augenblick“ hinzielt. Man solle erst dann an eine Konferenz gehen, wenn vorher „auf normalem diplomatischem Weg“ eine genügende Erfolgsaussicht geschaffen ist. Das ist ein gesund-realistischer Beginn einer neuen Phase deutscher Wiedervereinigungspolitik, unterstrichen durch die ausdrückliche Feststellung der Bundesregierung, daß „die Wiedervereinigungsfrage mit Nutzen in einem zweiseitigen Gedankenaustausch behandelt“ werden könne. Was da von der Bundesregierung ausgesprochen wird, klingt wie eine Selbstverständlichkeit. Aber in dieser „Selbstverständlichkeit“ kommt doch etwas Neues und sehr Bemerkenswertes zum Ausdruck, näm-

lich der Wunsch und die klare Bereitschaft der Bundesregierung, mit der Sowjetunion unmittelbar zu einer intensiven, von Propaganda und publizistischem Lärm freien Erörterung zu gelangen. Man könnte dazu sagen, daß das doch nur eine wiederum „selbstverständliche“ und fällige Konsequenz aus der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau ist. Aber in der Politik sind eben Selbstverständlichkeiten nicht ohne weiteres selbstverständlich. Die westliche Welt, die uns in den Jahren seit 1945 so viel geholfen hat und deren Freundschaft wir auch in Zukunft brauchen, ist wegen der Erfahrungen, die sie früher mit deutsch-russischen Kontakten gemacht hat, empfindlich. Und so tat die Bundesregierung recht, wenn sie behutsam vorgeht. Die Opposition, die nicht von der Verantwortung der Staatsführung belastet ist, kann ungehemmt die Regierung drängen und ihr Mangel an Entschlossenheit vorwerfen. Die Regierung jedoch ist gebunden, in unserer schwierigen Situation sorgsam zu wägen und vorzubereiten. Politisches Porzellan ist leicht zerschlagen, aber schwer zu kitten.

Als die Note der Bundesregierung veröffentlicht wurde, haben mannigfache Pressestimmen der westlichen Welt den von der Bundesregierung gegebenen Auftakt eines deutsch-sowjetischen Gespräches sorgsam registriert. Aber im allgemeinen ist kein Wort des Vorwurfs oder der Verdächtigung geäußert worden. Vielleicht darf man das nicht überschätzen, vielleicht war die Welt nur vom Suezkonflikt abgelenkt. Aber wenn man noch an manche Kommentare nach dem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers vor einem Jahr denkt, dann kann man wohl schließen, daß die Bundesregierung mit ihrer Sorgsamkeit und Behutsamkeit den richtigen Weg gegangen ist. Wir brauchen die Zustimmung der Sowjets zur Wiedervereinigung, das ist sonnenklar, aber wir brauchen dazu auch das anhaltende Vertrauen des Westens. Daß wir uns mit diesem Vertrauen nunmehr dem Gespräch mit dem Osten zuwenden können, ist ein wesentlicher Erfolg, insbesondere auch ein persönlicher Erfolg des Bundeskanzlers.

Nicht über Pankow

Natürlich kann nicht an eine Lösung auf dem Weg über Pankow und nicht an eine Lösung im Sinne Ulbrichtscher Errungenschaften gedacht werden. Die Bundesregierung hat recht daran getan, mit der heißen Kritik an dem Pankower Kolonialstaat jedem Zweifel und jeder Illusion in Moskau vorzubeugen. Die Sowjets müssen und werden einmal einsehen — und vielleicht kann man aus der Versachlichung ihres Verhältnisses zum Westberliner Senat seit diesem Sommer auf beginnende Einsicht schließen —, daß der Weg zu einem befriedigenden deutsch-sowjetischen Verhältnis nicht über das SED-Regime führt. Über die Fragen, die die sowjetische Politik im Hinblick auf die Sowjetunion selbst angehen, ist bei gutem Willen immer eine Verständigung möglich, mit der alle — die Sowjets, der Westen und wir — zufrieden sein können. Auch die NATO ist dabei kein Hindernis.

Die Note der Bundesregierung enthält gerade in dieser Hinsicht — also was die Sicherheitswünsche der Sowjets angeht — sehr konziliante Bemerkungen. Die Bundesregierung bekennt sich ausdrücklich zu dem Grundsatz, daß eine künftige gesamtdeutsche Regierung frei sei in der Entscheidung über militärische Bindungen. Die Bundesregierung erklärt sich auch ausdrücklich zu besonderen Sicherheitsvorkehrungen zum Nutzen des sowjetischen Sicherheitswunsches bereit. Sie weist in diesem Zusammenhang auf den Gedanken des englischen Premierministers Eden hin, beiderseitig der heutigen Zonengrenze eine Art entmilitarisierte Zone zu schaffen. Dabei beschränkt sich die Bundesregierung nicht auf den Eden-Plan, sondern zeigt sich betont gewillt zu einer ausführlichen Diskussion auf der Grundlage des Gedankens, „daß mit der Wiedervereinigung nicht beabsichtigt sei, die militärische Lage einer Mächtigkeitsgruppe zu verbessern“. Und schließlich bekennt sich die Bundesregierung erneut und eindringlich zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem, für das sie eine einzige Einschränkung

macht: nur auf der Basis eines deutschen Staates, des wiedervereinigten Gesamtdeutschland.

Die Wartezeit

Angesichts dieser Haltung der Bundesregierung muß es selbst Böswilligen schwerfallen, ihr Unelastizität, Sturheit und Einseitigkeit vorzuwerfen. Die DDR-Presse jedenfalls hat mit sichtlich Verlegenheit auf die Note reagiert. Das ist kein schlechtes Zeichen. Und ein ausgesprochen gutes Zeichen ist es, daß in der Bundesrepublik auch die Oppositionsparteien den Inhalt der Note im großen ganzen positiv aufgenommen haben. Ob die Note der Bundesregierung zu dem Beginn eines fruchtbaren deutsch-sowjetischen Gesprächs wird, die Entscheidung darüber liegt allerdings bei den Sowjets. Die erste unfreundliche Bemerkung Gromykos bei der Entgegennahme der Note muß nichts für morgen oder übermorgen besagen.

Jedenfalls müssen wir Deutsche zunächst auf die Antwort warten. Wartezeit heißt jedoch nicht, daß wir inzwischen nichts tun könnten. Es braucht hier nicht aufgezählt zu werden, was alles an Bekundungen gesamtdeutscher Entschlossenheit möglich und notwendig ist. Auch braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, daß jedes soziale Reformwerk, jeder volkswirtschaftliche Fortschritt und jede militärische Festigung ein wesentlicher Beitrag auch zu gesamtdeutscher Politik sind. Auf Grund einiger Vorkommnisse der letzten Zeit soll vielmehr etwas anderes festgestellt werden. Daß nämlich manche Stimmen und manche Handlungen im deutschen Westen sorgfältiger auf ihre gesamtdeutsche Bedeutung bedacht werden sollten. Würde es sich nicht um ein gerichtliches Urteil handeln, zumal um das Urteil eines höchsten bundesdeutschen Gerichtes, so wäre man versucht, als ein Beispiel auch das Verbot der KPD zu nennen. Es war in der Auseinandersetzung mit dem Pankower Regime immer ein gutes Argument, daß in der Bundesrepublik sogar die notorisch demokratiefeindlichen Kommunisten sich frei organisieren und äußern konnten,

(Fortsetzung auf Seite 7)

Moskau-Reise jetzt endgültig

Bundestagsdelegation fährt im Dezember

Bonn (Eigenmeldung). Alle Fraktionen des Bundestages haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Einladung des Obersten Sowjets, eine Parlamentsdelegation in die Sowjetunion zu entsenden, angenommen wird. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier wurde beauftragt, dem Obersten Sowjet die Annahme der Einladung mitzuteilen. Voraussichtlich wird die Reise nicht vor Dezember stattfinden.

Als einzige Fraktion des Bundestags gab die CDU/CSU zu ihrem Beschluß eine Erklärung ab, in der es heißt, der zustimmende Beschluß sei in dem Willen gefaßt worden, „jede Gelegenheit zu nutzen, die die Möglichkeit bietet, dem russischen Volk die Auffassung des deutschen Volkes zu der nationalen Schicksalsfrage der deutschen Wiedervereinigung darzulegen“.

Der Beschluß erfolge „in der Erwartung, daß die Antwort der Regierung der UdSSR auf die Note und das Memorandum der deutschen Bundesregierung vom 2. September die Einleitung jenes Gedankenaustausches ermöglichen wird, der eine Einigung der vier Mächte über eine Wiedervereinigung zu fördern vermag“. In politischen Kreisen wird besonders dem zweiten Teil dieser Entschließung große Bedeutung beigemessen. Die CDU/CSU-Fraktion hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie zwischen der Moskau-Reise der deutschen Parlamentarier und der sowjetischen Antwort auf die Wiedervereinigungsnote der Bundesregierung einen Zusammenhang sieht.

In Kreisen der CDU/CSU-Fraktion hat es bis zuletzt Widerstand gegen die Annahme der Einladung gegeben.

Vertrag mit Belgrad gebilligt

Beschluß des Bundestages — Jugoslawien erhält 300 Mill. DM

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundestag hat mit 236 gegen 96 Stimmen den deutsch-jugoslawischen Wiedergutmachungsvertrag gebilligt, der Zahlungen an Jugoslawien in Höhe von 300 Mill. DM vorsieht. In den 96 Gegenstimmen kam der Widerspruch der heimatvertriebenen Abgeordneten aller Fraktionen zum Ausdruck, nach deren Ansicht die Bundesregierung bei dem Abschluß des Vertrages die Rechte der Heimatvertriebenen nicht genügend berücksichtigt hat.

Auf die Frage, ob nicht die Anerkennung der Pankower Regierung der Sowjetzone durch Jugoslawien zu befürchten sei, erklärte Staatssekretär Professor Hallstein, die Nichtanerkennung Pankows sei sozusagen die „Geschäftsgrundlage“ des Vertrages.

Zu den Forderungen deutscher Vertriebener gegenüber Jugoslawien sagte Hallstein, das Abkommen schließe die Geltendmachung solcher Ansprüche nicht aus. Bei den Verhandlungen habe nicht die Möglichkeit bestanden, auf diese Forderungen hinzuweisen, da auch die

Bundesregierung nicht über jugoslawische Reparationsforderungen verhandle.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

London jetzt für Zusammenarbeit

Besinnung auf Europa — Stärkere Annäherung an Bonn

Paris (Eigenbericht). Die Begegnung des britischen Premierministers Eden und seines Außenministers Lloyd mit dem französischen Ministerpräsidenten Mollet und dessen Außenminister Pineau bedeutet eine wahre Revolution in der Haltung Großbritanniens zur Europafrage, wie ein französischer Konferenzteilnehmer mitteilte. Die bösen Erfahrungen, die Frankreich und Großbritannien in der letzten Zeit in Übersee machen mußten, hätten nicht nur die beiden Völker zusammengeführt, sondern sie hätten bei beiden Regierungen den Wunsch reif werden lassen, an den Aufbau Europas mit größerer Energie heranzugehen als bisher.

Die Wichtigkeit des zeitlichen Zusammenstößens dieser Entwicklung mit den Bemühungen Adenauers um einen neuen Europa-Start bedarf keiner besonderen Unterstreichung. Die Gespräche zwischen den britischen und den französischen Politikern drehten sich zwar überwiegend um die Suez-Krise, doch bildeten die Besprechungen über Fragen der europäischen Zusammenarbeit zweifellos den wichtigeren Teil der Gespräche.

Eden und Lloyd zeigten eine größere Bereitschaft als irgendeine britische Regierung zuvor, an den Bemühungen um die europäische Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet aktiv mitzuwirken. Dies gilt ebenso für die Tätigkeit bei den schon bestehenden europäischen Institutionen, wie für die Mitarbeit bei den noch zu gründenden Organisationen, wie Euratom und europäischer Markt.

Der erste Eindruck ist, daß die gemeinsame Enttäuschung über die USA und die Besorgnis über die Entwicklung in

Übersee eine Atmosphäre für eine britisch-französische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik geschaffen hat, wie sie zu keinem früheren Zeitpunkt bestand.

Westberlin stellt neue Quadriga

Senatsvorschlag an Ebert — Technische Gespräche angeboten

Berlin (Eigenmeldung). Der Senat hat sich entschlossen, eine neue Quadriga anfertigen zu lassen und sie an die Ostberliner Behörden zu übergeben, sobald das Brandenburger Tor wiederhergestellt ist. Dies hat der Amtierende Regierende Bürgermeister Amrehn dem Ostberliner Oberbürgermeister Ebert in einem Antwortschreiben auf den Brief Eberts vom 21. September mitgeteilt.

Ferner weist Amrehn darauf hin, daß sich der Senatsrat Kraft zur Erörterung technischer Fragen unter Beteiligung der jeweiligen Sachverständigen bereit hält. Kraft habe nach wie vor auch den Auftrag, „noch andere politische Fragen zu erörtern“, die vor allem das tägliche Leben der Berliner Bevölkerung erleichtern könnten. Unter den zahlreichen Möglichkeiten dieser Art hebe sich in erster Linie die Wiederherstellung der Telefonverbindungen hervor.

Zur Quadriga erwähnt Amrehn, daß der Gedanke ihrer Wiederherstellung auf Anregungen zurückgehe, die der Landeskonservator Professor Scheper Anfang 1950 gegeben habe. Bei einer seinerzeit gemeinsam mit Vertretern Ostberliner Behörden vorgenommenen Besichtigung des Brandenburger Tores habe er erkennen lassen, daß die Ausführung der Arbeiten und die Kosten der Wiederherstellung der Quadriga vom Senat übernommen würden.

Berlin gedachte Reuters

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Mit Tausenden von brennenden Kerzen in den Fenstern gedachte die Westberliner Bevölkerung am Sonnabend des dreijährigen Todestages ihres früheren Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter. Viele Menschen aus beiden Teilen der Stadt legten auch am Grabe des Verstorbenen auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof Blumen nieder.

In einer Feierstunde im Auditorium maximum der Freien Universität erinnerte der Präsident des Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, an den Kampf Reuters gegen die Unfreiheit.

Westberlin stellt neue Quadriga

Senatsvorschlag an Ebert — Technische Gespräche angeboten

Wörtlich schreibt Amrehn: „Leider ist wenige Monate danach von Beauftragten der Ostberliner Verwaltung das zum Teil noch erhalten gebliebene Werk trotz des Hinweises von Professor Scheper die Gruppe sorgfältig zur Vermeidung weiterer Beschädigungen herunterzunehmen, vom Tor gestürzt und ebenso zerstört worden, wie sie dann das Berliner Schloß dem Erdboden gleichgemacht haben.“

Deutschlandhalle wird aufgebaut

Berlin (Eigenmeldung). Die Deutschlandhalle an der Avus, die im Kriege zerstört wurde, wird, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, wiederaufgebaut. Es ist eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Deutschlandhalle“ gegründet worden, deren Stammkapital 1,5 Mill. DM beträgt. Das Land Berlin wird das Erbbaurecht und die Ruine sowie finanzielle Zuschüsse zur Verfügung stellen. Auch das Toto ist an dem Wiederaufbau beteiligt.

Die Wiederherstellung der Halle wird voraussichtlich über 10 Mill. DM kosten. Dennoch soll die finanzielle Seite des Wiederaufbaus bereits gesichert sein.

Die Initiative für den Wiederaufbau ist, wie verlautet, von Stellen ausgegangen, die früher die Deutschlandhalle geleitet haben.

Appell an die „berühmten Rivalen“

Düsseldorf (DPA). Der ehemalige britische Minister für Deutschlandfragen, Lord Pakenham, hat vor der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf die beiden „berühmten Rivalen“, England und Deutschland, aufgefordert, sich endlich zu gemeinsamem Dienst an der Menschheit zusammenzufinden. Was das deutsch-britische Verhältnis anbetriffe, so müsse die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine „Zeit der Buße und aktiven Reue für die erste Hälfte“ werden. Die Welt brauche Deutschland heute mehr als jemals zuvor.

So sind sie wirklich:

„Hitlerjunge aus Tarnung“

Es setzt immer wieder in Erstaunen, wie wenig selbst die Mitglieder kommunistischer Organisationen von ihren Führern wissen. Rudi Kirchner zum Beispiel, der zweite Vorsitzende des FDGB, gilt in Parteikreisen als „alter Gewerkschafter mit Thälmann-Tradition“, obwohl allein sein Alter den Irrtum aufklären dürfte. In der Bundesrepublik aber, wo die nunmehr illegalen KP-Funktionäre ihren „Rudi“ als „Vorkämpfer einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung“ verkaufen möchten, gilt Kirchner als einer der erfahrensten und einflussreichsten SED-Führer.

Tatsächlich liegt in seinen Händen die Westarbeit des FDGB. Kirchner soll versuchen, die verlorengegangene Plattform der KPD durch gesamtdeutsche Gewerkschaftskontakte zu ersetzen. So hat die Partei wenig Interesse, seine Biographie zu publizieren.

Rudi Kirchner wurde am 20. Juni 1919 im schlesischen Hirschberg als Sohn eines sozialdemokratischen Eisenbahners geboren. Als Achtjährigen schickte ihn sein Vater in die sozialdemokratische Kinderorganisation „Kinderfreunde“, von der er kurz vor Hitlers Machtübernahme zu den „Falken“ übersiedelte.

Kirchner erlernte in einem Breslauer NSDAP-Verlag das Schriftsetzerhandwerk und wurde zwangsläufig Mitglied der HJ. Obwohl ihn keine der wenigen kommunistischen oder sozialdemokratischen Widerstandsgruppen jemals zu Gesicht bekam, verbreitete man nach dem Kriege die Legende, Kirchner sei „der Hitlerjugend beigegeben, um seine antifaschistische Widerstandstätigkeit zu tarnen“.

Vermutlich wäre Kirchner nie zu den „roten“ Jugendsünden zurückgekehrt, hätte ihn nicht der Krieg in sowjetische Gefangenschaft verschlagen. Seit 1938 im Arbeitsdienst, kämpfte Kirchner während des ganzen Krieges auf der Seite Hitlers, um kurz vor dem Zusammenbruch als Oberfeldwebel den Russen in die Hände zu fallen.

RUDI KIRCHNER

Kirchner kam in eines jener zentralrussischen Lager, in denen die „Antifa“-Umschulung Blüten trieb. Die Tatsache, daß er einmal Mitglied der Roten Falken war, machte sich hier für ihn bezahlt. Über verschiedene Lager und die Moskauer Zentralschule rückte er in den Kreis derer, die als „zweite Mitte“ für die Sozialisierung Mitteldeutschlands ausersehen waren. Im Sommer 1949 entließ man ihn nach Ostberlin.

Die weitere Karriere ist unwahrscheinlich. Kirchner trat sofort der SED bei, erhielt eine Funktion in der Org-Abteilung und wurde unmittelbar darauf Chef der Abt. „Arbeit und Sozialwesen“ im Bundesvorstand des FDGB. Ein Jahr später (!) wurde er auf dem 3. FDGB-Kongreß zum 2. FDGB-Vorsitzenden ernannt! Was jedoch noch unwahrscheinlicher klingt: Im gleichen Jahre, nämlich 1950, wurde Kirchner Kandidat des Zentralkomitees der SED. Eine Funktion, der viele Altkommunisten niemals teilhaftig wurden...

Von Sowjets geschoben

Im August 1952 wurde Kirchner Sekretär und Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes. Genau vier Wochen vor Ausbruch des Juni-Aufstandes wurde er leitendes Mitglied des Zentralvorstandes der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ und wieder genau ein Jahr später Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front. In der „Volkskammer“ vertritt er den „Sorbenbezirk“ Kottbus und fungiert als Vorsitzender des „Ausschuß für Arbeit und Gesundheitswesen“.

Die Kaderabteilung des SED-Zentralkomitees hatte bei diesem rasanten Aufstieg nicht allzuviel zu sagen. Kirchner wurde vom Tage seines Eintritts in die Moskauer Zentralschule an von den Sowjets geschoben. Nicht einmal sein unmittelbarer Vorgesetzter, der FDGB-Chef Warnke, weiß um die besonderen Aufgaben dieses Mannes. Kirchners Sekretariat

steht in ständiger Verbindung mit dem Moskauer „Weltgewerkschaftsbund“, dessen vielfältige Aufgaben heute nicht mehr so unbekannt sind wie noch vor einigen Jahren.

Kirchners Arbeit steht unter der von ihm selbst geprägten Devise: „Alle Gewerkschafter sind Brüder!“ Er möchte ein ständiges Gremium beider deutscher Gewerkschafts-Organisationen: Des kommunistischen FDGB und des zur Stunde in Hamburg tagenden DGE. Wer seinen Lebensweg und seinen Aufstieg verfolgt, dem dürfte es nicht schwerfallen, die Motive, Absichten und Hintergründe dieses Bestrebens zu erkennen. Kirchner geht es nicht um Gewerkschaftstragen. Er ist ein in Moskau erzogener Kommunist, dem die Interessen der Arbeiter nie soviel wert sein können wie die Erfordernisse der Weltrevolution. Indem die SED sowenig wie möglich über diesen Mann verlauten läßt — obwohl er zweiter Chef einer Fünf-Millionen-Organisation ist — unterstützt sie seine Rolle in der Sowjetzone wie im Westen...

Zwischenfälle fanden nicht statt

Berlin (DPA). Staatssekretär Thiediek vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat die von der Sowjetzonen-Regierung wegen Grenzzwischenfällen erhobenen Vorwürfe gegen die Bundesregierung zurückgewiesen. Er sagte, die vom Außenministerium der DDR erwähnten fünf angeblichen Fälle von Grenzverletzungen seien von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik überprüft worden. Man habe festgestellt, daß sich vier davon gar nicht ereignet haben. In dem fünften Zwischenfall, der „sehr bedauerlichen Ermordung eines Angehörigen der Grenzpolizei bei Buttlar im Kreis Bad Salzung“, sei die Fahndung nach dem Täter auf ganz Westeuropa ausgedehnt worden. Es würden alle Anstrengungen unternommen, seiner habhaft zu werden.

„Was war, wird vergessen...“

Das neue SED-Mitglied und die Rolle der Vergangenheit

Wer in diesen Wochen mit SED-Funktionären sprechen konnte, weiß, auf welche Schwierigkeiten die Mitgliedswerbung dieser Partei gestoßen ist. Der Eintritt in die SED, vor Jahren für manchen vielleicht noch diskutabel, ist heute allein aus moralischen Erwägungen unmöglich geworden. Die Partei aber hat sich mit den Argumenten derer auseinanderzusetzen, die ihr eine Abfuhr erteilen. Dabei ist sie in den letzten Tagen ein wenig entgleist. Sie erklärte nämlich in ihrem Zentralorgan, die Vergangenheit eines Mitgliedes spiele heute keine Rolle mehr. Wer in die Partei eintrete, sei quasi für alles, was auch in der Vergangenheit vorgefallen sein möge, amnestiert. Diese Erklärung aber beweist, wie die SED ihre künftigen Mitglieder zu täuschen sucht.

In der Weimarer KPD gab es einen ähnlichen Slogan: „Wenn du in die Partei trittst, ist die Vergangenheit vergessen! Die Partei nimmt dich auf und macht aus dir einen neuen Menschen, dessen Vergangenheit ohne Interesse ist...“

Die Sache mit Spartakus

Alte Kommunisten haben dies bereits in den dreißiger Jahren erlebt. Viele von ihnen kamen aus Liebknechts „Spartakus“, ohne damals zu wissen, daß es hier einige Gruppierungen gab, die von der Moskauer Zentrale mit Argwohn verfolgt wurden. Jahre später gingen sie in die KPD, kämpften für diese Partei, erhielten Funktionen, wurden geehrt, bis sie Hitler aus dem Lande trieb. In der Sowjetunion Zuflucht suchend, gerieten sie plötzlich in die Mühlen einer ihnen selbst nie bewußt gewordenen Vergangenheit. Als „anarchistische und terroristische Agenten“ gebrandmarkt, die sich in die KPD eingeschlichen hätten, kamen viele von ihnen in den Eismeerlagern um oder wurden in den GPU-Kellern umgebracht.

In der deutschen Partei hat man diese Geschichten lange Zeit als „Propaganda des Klassenfeindes“ gewertet. Man war es gewohnt, daß jeder politische Fehltritt — und sei er noch so unabsichtlich getan — während der Zeit der Mitgliedschaft furchtbare Folgen haben konnte, aber die „vorrevolutionäre“ Vergangenheit? Die sollte doch vergessen sein!

Die Wiederholung von 1945

Nach dem letzten Krieg geschah folgendes: Zehntausende überzeugter Antifaschisten

strömten in den Jahren 1945 bis 1947 in die Partei. Bis 1950 vermochten sich viele von ihnen hohe Positionen zu erwerben. Hier soll nicht von denen gesprochen werden, die überhaupt erst durch die SED etwas geworden sind, sondern vielmehr von denen, die ihr Wissen, Können und ihre ganze Existenz in den Dienst der kommunistischen Sache stellten. 1950 kam — um nur ein Beispiel zu nennen — das Funktionsverbot für alle, die sich während des Krieges im westlichen Ausland oder in westlicher Kriegsgefangenschaft befunden hatten. So entstand folgende tragisch-kuriose Situation: Ein echter Nazi, der in sowjetischer Kriegsgefangenschaft an der Antifa-Schulung teilgenommen hatte, nahm den Posten dessen ein, der als überzeugter Antifaschist während des Krieges an einer westlichen Front die Waffen niedergelegt hatte, um nicht für Hitler kämpfen zu müssen. Hitler-Generale, die dem Moskauer „Bund Deutscher Offiziere“ beigetreten waren, wurden hofiert. Antifaschisten, jahrelang in einem KZ inhaftiert, dann ins Bewährungsbataillon gesteckt und in britische Gefangenschaft geraten, verloren — nur weil sie 1945 mit voller Überzeugung in die KPD eingetreten waren — über Nacht ihre aus eigener Kraft erworbene Existenz.

Das Schicksal derer, mit denen so verfahren wurde, ist bekannt. Die wenigsten vermochten es, die Konsequenz zu ziehen und sich nun völlig vom Osten loszusagen. Leute, die jahrelang für den Kommunismus gearbeitet hatten, scheuten sich nun, im Westen noch einmal anzufangen. Wer will, vermag diese Menschen, die nach

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

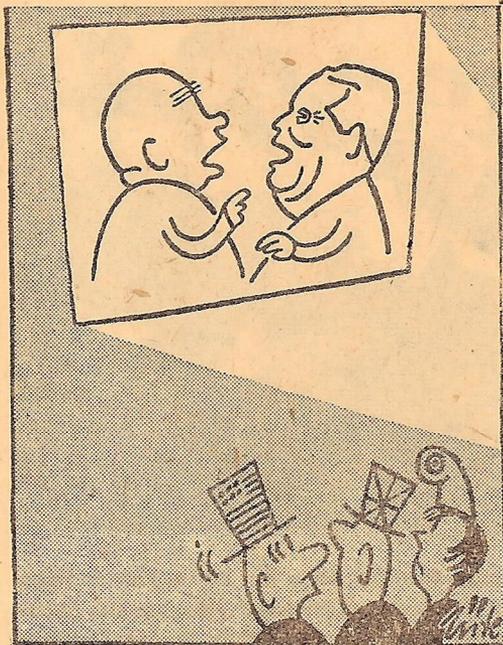
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Druck: W. Büxenstein, GmbH Manfred-von-Richthofen-Str. 2

1945 das Rückgrat der Partei bildeten, heute als kleine Arbeiter und Angestellte — ihrer Existenz beraubt — überall in der Zone zu entdecken. Und obwohl die irrsinnige Antifaschistenverfolgung von 1950 längst widerrufen wurde, denkt niemand daran, diese Leute zu rehabilitieren. Die Partei hat sie gebraucht und weggeworfen. So, wie sie es in einigen Jahren auch mit denen tun wird, die heute zu ihr stoßen.

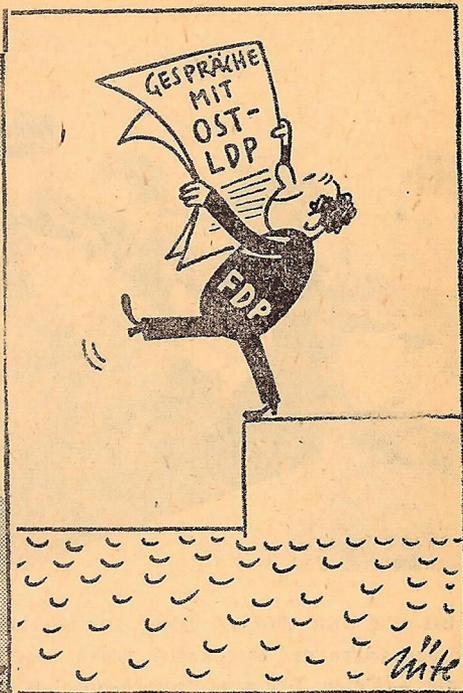
Die Freiheit aufgeben?

Wer einen guten Freund in dieser Partei hat, soll ihn fragen: Bereits 1950 war der SED ein skrupellos ergebener Nazi lieber als zehn rückgratbestehende Kommunisten. Niemand mache sich also die Illusion: „Wenn ich heute in die Partei gehe und alles mache, was die wollen, kann mir gar nichts passieren!“ Die Partei wird auch diese Kollaborateure nur so lange brauchen, wie es ihr dienlich erscheint. Dann aber wird sie die jetzt angeworbenen Mitglieder wegwerfen wie Zehntausende zuvor. Irrendem Punkt aus der Vergangenheit wird dann herhalten müssen, und mag er noch so unsinnig sein. Wer seine Freiheit, seine Existenz und seine Menschenwürde aufgeben will: Die Partei ruft! Sie sucht noch 50 000 Mitglieder...

Chrustschow und Tito



„Bis jetzt Stummfilm!“



Hans guck in die Luft

Bereit zu echtem Gespräch

(Fortsetzung von Seite 3)

während in der sogenannten „demokratischen“ Republik jede oppositionelle Regung verboten und gewaltsam unterdrückt wird. Und die freie Tätigkeit der KP in der Bundesrepublik machte vor aller Welt in besonderer Weise deutlich, daß das freiheitliche Deutschland im Unterschied zu Pankow nicht die geringste Sorge vor freien Wahlen hat und zu haben braucht.

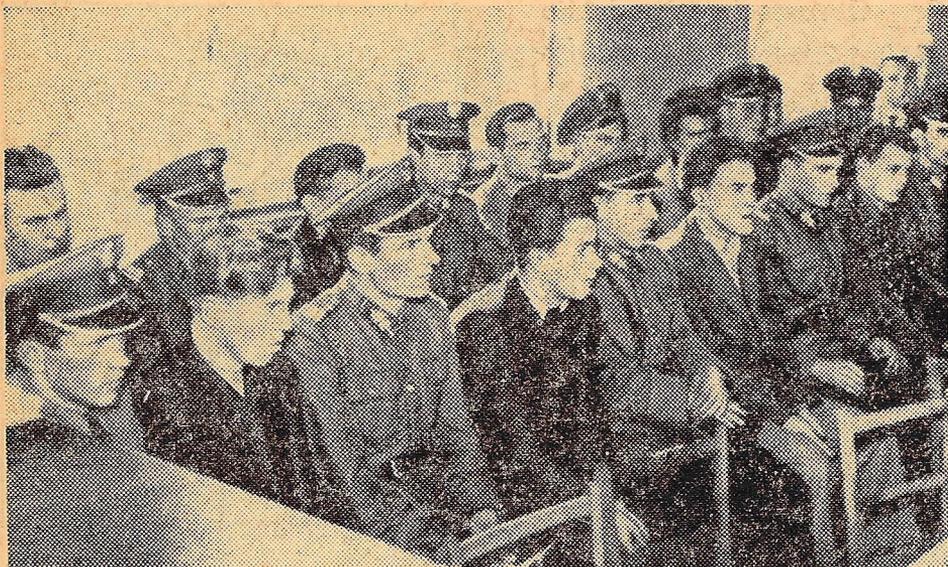
Zum Selbstmord überreden?

Eine Verhaltensweise, die gesamtdeutscher Politik sehr schaden kann, ist die, die auf der Jahrestagung der bundesdeutschen Gewerkschaft Druck und Papier gezeigt worden ist. Was dort geschah, soll weder überschätzt noch übertrieben werden. Mit dem mit sehr knapper Mehrheit gefaßten Beschluß, Kontakt mit der entsprechenden

sowjetzonalen Gewerkschaft zu nehmen, war — der Wortlaut zeigt das — nicht daran gedacht, das DDR-Regime als politischen Gesprächspartner anzuerkennen. Aber die politische Wirkung eines Beschlusses hängt nicht nur von dem ab, was man selber damit will, sondern auch von dem, was der Gegner darin sehen und damit machen kann. In Pankow und, was viel gefährlicher ist, in Moskau können solche Beschlüsse wie die der IG Druck den Eindruck erwecken, daß wir Deutsche doch noch mürrisch werden und Pankow schließlich als Gesprächspartner akzeptieren, wenn man unsere Sehnsucht nach Wiedervereinigung nur lange genug ungestillt läßt und unermüdlich auf uns einhämmert. Durch solchen Eindruck wird letzten Endes der Zeitpunkt nur hinausgeschoben, an dem auch Moskau einsehen

wird, daß der Weg zur deutsch-sowjetischen Entspannung nicht über Pankow führt.

Was so beispielsweise zu dem Beschluß der IG Druck und zu den Kontakten der Düsseldorfer Gruppe der FDP mit der LDP der Sowjetzone gesagt werden muß, das gilt entsprechend auch für alle jene, die sich von Äußerungen beeinflussen lassen, wie sie Herr Nuschke oder Herr Dieckmann gelegentlich bei westdeutschen Besuchen von sich geben. Es ist eine Utopie, anzunehmen, man könnte die Gruppe Ulbricht zum politischen Selbstmord überreden, und das wäre doch schließlich unser Gesprächsziel. Dieser Selbstmord findet erst statt, wenn Moskau ihn aus übergeordneten Gründen für zweckmäßig hält — und deshalb nützt nur das Gespräch mit Moskau. Die Bundesregierung hat es begonnen, in sachlicher und konzilianter Weise. Der Weitergang hängt nun von Moskau ab.



BILDER DER WOCHE. Oben: Die angeklagten Demonstranten von Posen. Flankiert von Angehörigen der Streitkräfte folgen sie der Verhandlung. Niemand bekannte sich schuldig. — Unten: Der neue französische Botschafter in der Bundesrepublik Maurice Couve de Murville überreichte dem Bundespräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Von links nach rechts: Staatssekretär Hallstein, der Botschafter, Staatssekretär Kleiber und Heuss.

